

## Die Gewerkschaften in Frankreich

HEINZ ABOSCH

### NACH DEN MASSENSTREIKS IN FRANKREICH

Die Streikbewegung im August war die bedeutendste, die Frankreich seit 1936 erschüttert hat, und zwar in zweifacher Hinsicht: sowohl was die Zahl der Teilnehmer anbetrifft — vier Millionen — wie auch hinsichtlich der Zeitdauer: 3 Wochen. Wie die Junistriks von 1936, so waren auch die diesjährigen Augustkämpfe spontan und für die meisten überraschend gekommen. Sie waren es sogar in einem weit höheren Grade. Die Erhebung der Arbeiterschaft im Sommer 1936 — wie wenig sie auch vorgesehen oder gar organisiert war — entsprang einer zielbewußten politischen und gewerkschaftlichen Aktivität, die, unter der Losung der Volksfront, während zwei Jahren das Bewußtsein der Massen gehoben und sie für große Aufgaben vorbereitet hatte. Heute gibt es nichts Ähnliches. Die Arbeiterorganisationen marschieren getrennt, sie besitzen kein gemeinsames Programm, und von einer mitreißenden Begeisterung kann nicht die Rede sein. Es ist selbstverständlich, daß diese verschiedenen Faktoren die Regierung eher zu dem Schritt veranlaßten, einen Schlag gegen die Arbeitnehmer zu führen.

Am 8. Juli hatte *Joseph Laniel* von der Parlamentsmehrheit Vollmachten erhalten, um auf dem Verordnungswege das Budgetdefizit durch Einsparungen an den Beamtengehältern zu vermindern. Es war auch kein Zufall, wenn das Kabinett noch einen Monat bis zu ihrer Durchführung wartete. Im August befindet sich die Mehrzahl der Arbeiter auf Urlaub, die meisten Betriebe sind geschlossen, und die gesamte Wirtschaftsaktivität ist auf das Äußerste reduziert. Kein Zeitpunkt ist also günstiger, um einen Anschlag auf die Arbeiterschaft zu verüben. In dem Bewußtsein, alle Möglichkeiten einkalkuliert zu haben, traten einige Minister ihre Ferienreise an.

#### *Die Ursachen*

Die Verordnungen sollten das Pensionsalter der Beamten und der Arbeiter der staatlichen Wirtschaft heraufsetzen und Entlassungen „überschüssiger Arbeitskräfte“ vorbereiten. Noch vor ihrer Veröffentlichung war die Erregung unter den Betroffenen sehr groß; allenthalben wurden Proteste laut. Trotzdem hielten die Gewerkschaftsleitungen den Zeitpunkt zur Aktion für ungünstig. Es waren die Postler der Freien Gewerkschaft von Bordeaux, die am 4. August das Signal gaben. Wie ein Funke verbreitete sich nun der Streik über den gesamten Postbetrieb Frankreichs, legte die Eisenbahnen lahm, drang in die Kohlenindustrie ein, paralyisierte die Gas- und Elektrizitätserzeugung und riß die Beamtschaft in die Bewegung. Aber damit nicht genug: der Kampf blieb nicht auf den Staatssektor beschränkt, das Baugewerbe, Metall- und Transportarbeiter traten ebenfalls in Streik.

Nichts zeugt für die Bedeutung der Augustbewegung mehr als die Schnelligkeit ihrer Ausdehnung und die Standhaftigkeit in ihrer Entwicklung. Wie jedes große Ereignis trat sie „wie selbstverständlich“ auf. Und selten hat sich eine Regierung mehr getäuscht als die Laniels. Während die gesamte Wirtschaftsaktivität daniederlag, glaubte sie noch, die Bewegung mit den althergebrachten Mitteln ersticken zu können. Der Ministerpräsident drückte sein „Verständnis“ für die Arbeiterforderungen aus, lehnte aber jedes Verhandeln vor einer Einstellung der Streiks ab. Nachdem sich die Stärke der Bewegung erwiesen und sich gezeigt hatte, daß man sie nicht im Sande verlaufen lassen könne, mußte Laniel sein Wort zurücknehmen und verhandeln.

Die Ursachen der Auguststreiks reichen über den eigentlichen Anlaß der Notverordnungen weit hinaus. Tatsächlich bekam Laniel den ganzen Zorn zu spüren, den eine

jahrelange Besitzpolitik in der Arbeiterschaft aufgespeichert hatte. Seit zwei Jahren unterliegt Frankreich immer unverhüllter den konservativen Machtansprüchen. Die rechten „Unabhängigen“, eine Partei des Industriekapitals, stellten mit *Pinay* und *Laniel* den Ministerpräsidenten. *Pinay* wollte im letzten Jahr die chronische Finanz- und Wirtschaftskrise durch eine Preissenkung beheben. Dieser gute Vorsatz wurde nicht durchgeführt. Obwohl die Preishausse in Frankreich stärker als anderwärts war und die Preise auf dem Weltmarkt schon längst abgefallen waren, wurde nicht mehr als eine Stabilisierung erreicht. Das Vertrauen der Kapitalisten, das *Pinay* sich durch eine totale Steueramnestie erkaufen wollte, hatte er nicht erhalten. Nach seinem Weggang war das Staatsdefizit um einige Milliarden angewachsen, die Produktion war schwächer als die des Vorjahres, und eine halbe Million Menschen waren von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen. *Rene Mayer* konnte in seiner kurzen Amtszeit kaum mehr tun als bisweilen richtige Feststellungen zur Lage treffen. So sagte er, daß das Parlament von wirtschaftlichen Interessengruppen erdrückt würde. Die Abgeordneten verweigerten ihm die Vollmachten, die sie vier Wochen später *Laniel* aus Müdigkeit und Ratlosigkeit übertrugen.

Seit mindestens drei Jahren sind die Probleme, die vor einer jeden Regierung stehen, die gleichen. Aber wie eine Krankheit, die nicht behandelt wird, haben sie sich fortlaufend verschärft: das Staatsdefizit und die damit verbundene inflationistische Gefahr, ein gewaltiges Militärbudget (40 vH der Ausgaben), das in krassem Widerspruch zur liberalen Wirtschaftspolitik steht, die hohen Preise, die den Innenmarkt paralisieren und ein beständiges Außenhandelsdefizit verursachen, die schreiend ungerechte Verteilung der Steuerlasten zum Nutzen der Erzeuger und Händler. Das alles ist bekannt und wird von den Regierenden selbst nur zu oft unterstrichen. Aber ihre Taten führten in die diametral entgegengesetzte Richtung. Im Laufe von drei Jahren wurde das Militärbudget verdoppelt, die Preissenkung blieb auf dem Papier, von der Steuerreform wurde regelmäßig gesprochen, und die Löhne wurden niedergehalten. Alles blieb beim alten, die Arbeiterschaft sollte sich mit ihrem Los bescheiden, und die USA mußten dem Außenhandelsdefizit mit Dollars abhelfen.

#### *Arbeiterschaft und Regierung*

Die Veränderung der Forderungen während der Streiks läßt sich nur aus diesem sozialen und politischen Klima heraus erklären. Ging es im Anfang um die Beseitigung der Notverordnungen, so wurden bald Lohn- und Gehaltsforderungen laut, und die Losung der Parlamentseinberufung wurde aufgestellt. Diese Ausdehnung der Zielsetzung brachte schließlich die Regierung nach zwei Wochen dazu, die Unsinnigkeit ihres Verhaltens einzusehen. Um den Parlamentszusammentritt zu vermeiden, der wahrscheinlich seinen Sturz herbeigeführt hätte, entschloß sich *Laniel* zu Verhandlungen, die ihm entscheidende Zugeständnisse kosteten. Ein Großteil der Verordnungen soll nicht durchgeführt werden. Statt der Sparmaßnahmen mußte das Ministerium eine Aufbesserung der unteren Gehaltskategorien versprechen. Hinsichtlich des privaten Sektors sprach sich das Kabinett für die Aufnahme von Lohnverhandlungen aus, die bis jetzt vom Unternehmertum mit Erfolg sabotiert worden sind. Die Streiks haben die Regierung also zu einer wesentlichen Änderung ihres Kurses gezwungen: den Weg der Einsparungen verlassend, mußte sie sich zu einer Politik der Lohnaufbesserungen entschließen.

Wenn heute allenthalben Lohnforderungen diskutiert werden, so ist das auf die Auguststreiks und auf die Angst vor einer neuen Explosion zurückzuführen. Denn die Lage ist keineswegs geklärt. Die Entscheidungen hinsichtlich einer Verbesserung des Loses der arbeitenden Bevölkerung stehen erst bevor. Die soziale Atmosphäre ist voller Spannungen. Wenn die Notverordnungen gegenwärtig auch nicht realisiert werden, so haben die Arbeiter hinsichtlich ihrer Lohnforderungen im Augenblick nicht mehr als

Versprechungen erhalten. Wie explosiv die Lage ist, das zeigt schon das Beispiel von Rouen, wo die Eisenbahner am Ende des Streiks als Protest gegen die Entlassung von drei gemäßigten Kollegen sogleich wieder den Kampf aufnahmen und den Bahnhof besetzt hielten. Dieses Beispiel beleuchtet eine allgemeine Situation. Die Augustkämpfe haben die Arbeiterschaft im Sinn einer Erhöhung ihrer Aktionsbereitschaft stark beeinflusst. Die Konsequenzen dieses Ereignisses werden sich erst ganz in der kommenden Entwicklung auswirken.

Eines der wichtigsten Merkmale dieses Streiks ist, daß er zum erstenmal seit vielen Jahren von den drei Gewerkschaften ausgegangen ist. Während des ganzen Verlaufs der Bewegung war die Initiative in den Händen der „Force Ouvrière“<sup>1)</sup> und der christlichen CFTC. Sie waren es, die mit der Regierung verhandelten, die den Streiks ihre Losungen gaben und ihren Abschluß bestimmten. Die Kommunisten waren ängstlich bemüht, nicht in den Vordergrund zu treten. Sie trachteten vor allem danach, sich nicht zu isolieren. Sie standen zweifellos unter dem Eindruck der von ihnen geführten Streik-kämpfe, die in den letzten Jahren durchweg mit schweren Niederlagen endeten. Den Höhepunkt ihrer politischen Streikmanöver sahen wir im letzten Jahr, als die Kommunisten einen Generalstreik für die Befreiung von *Duclos* organisierten, der kläglich zusammenbrach. Damit erwies sich, daß die Arbeiter zu Streiks, die von den kommunistischen Gewerkschaften ausgerufen werden, kein Vertrauen mehr haben. Um so bemerkenswerter ist der Erfolg der diesjährigen Aktion, wo freie und christliche Gewerkschafter in vorderster Front standen. Diese Lehre ist von entscheidender Wichtigkeit und gibt den nichtkommunistischen Organisationen eine scharfe Waffe in die Hände.

### *Gewerkschaftliche Perspektiven*

Die Ereignisse vom August haben gezeigt, daß die Massen den Organisationen wie deren Programm voraus sind. Wenn die Streiks wellenförmig mehrfach auf- und abrollten, wenn es Tage der Stagnation und Tage der Offensive gab, so ist es nicht zuletzt auf diese Mängel zurückzuführen. Die Lehre daraus ist die Überwindung der organisatorischen und noch mehr der programmatischen Zerrissenheit. Sollte das nicht geschehen, dann können Force Ouvrière und CFTC in der heranreifenden Auseinandersetzung, zu der die Augusttage wahrscheinlich nur die Einleitung bilden, keinen entscheidenden Einfluß ausüben. Denn vergessen wir es nicht: die Kommunisten sind noch nicht geschlagen. Sie blieben diesmal im Hintergrund, aber sie sind vorhanden, mit ihren geschulten Kadern und mit ihren immer noch bedeutenden Einflüssen in den wichtigsten Produktionszentren. Auch hier steht die eigentliche Auseinandersetzung erst noch bevor. Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben.

Tatsächlich hat die letzte Massenbewegung die beiden nichtkommunistischen Gewerkschaftsbewegungen zusammengebracht. Sie hatten nicht aufgehört, sich beständig zu konsultieren und ihr Verhalten gemeinsam zu bestimmen. Es ist zu erwarten, daß sie den Kontakt aufrechterhalten und eher verstärken werden. Aber das ist noch zu wenig. Sollen sich die Arbeiter nicht in nutzlosen Lohnkämpfen wie in der Vergangenheit

1) Im Zusammenhang mit dem Streik in Frankreich ist immer wieder behauptet worden, die Force Ouvrière sei eine sozialistische Organisation. Demgegenüber wird vom Deutschen Sekretariat der Force Ouvrière in Paris festgestellt: Die Force Ouvrière ist keine sozialistische Organisation. Sie ist eine freie und unabhängige Vereinigung von freien und unabhängigen Gewerkschaften in Frankreich. Die Force Ouvrière ist unabhängig und frei von Arbeitgebern, Regierungseinflüssen und Einflüssen aller politischen Parteien. Sie dient keiner politischen Partei, nimmt von keiner politischen Partei Weisungen entgegen, zahlt an keine politische Partei Beiträge und wird von keiner politischen Partei unterstützt.

Der französische Gewerkschaftsbund Force Ouvrière gehört wie der Deutsche Gewerkschaftsbund dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, Sitz Brüssel, an. Die Force Ouvrière war bis zum Jahre 1947 ein Bestandteil der Confédération Générale de Travail. Weil die CGT dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund angehört, der nach den Weisungen der kommunistischen Internationale handelt, und die CGT es ablehnte, aus dem Weltgewerkschaftsbund auszutreten, um von kommunistischen Einflüssen und Weisungen frei zu werden, deshalb erfolgte im Jahre 1947 die Trennung.

verlieren, soll ein wirklicher Ausweg aus der französischen Krise gefunden werden, dann ist die Schaffung eines umfassenden Programms des wirtschaftlichen Neuaufbaus notwendig. Seine Richtlinien können sich nicht auf die Forderung nach Vollbeschäftigung beschränken, sondern müssen ebenso sehr die Steuerreform, die Ausgestaltung des Staatshaushalts und die Organisierung der Wirtschaft behandeln. Nur ein solches Programm könnte dem jetzigen Niveau der Massenbewegung gerecht werden.

Daß eine derartige Erwartung nicht als übertrieben zu betrachten ist, zeigt die letzte Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, die dabei sind, ihre ursprüngliche Gestalt aufzugeben. Ihre Doktrin entnehmen sie immer weniger den päpstlichen Enzykliken als den Ideen des demokratischen Sozialismus. Mit täglich größerer Entschlossenheit treten sie der Regierungspolitik entgegen. Die Kompromisse der christlichen Volkspublikaner finden keine heftigeren Kritiker als in den Reihen der CFTC. Das sind Wandlungen, die in engem Kontakt mit der allgemeinen sozialen Entwicklung stehen<sup>2)</sup>.

Wie mißtrauisch die französische Gewerkschaftsbewegung traditionell den politischen Parteien gegenüber auch ist, sie hat immer mit ihnen Tuchfühlung gehabt. Und ihre Triumphe hat sie nur im Zusammenhang mit der politischen Bewegung gefeiert: so war es 1936 und 1945. Es ist also nur zu natürlich, daß sie die parlamentarische Entwicklung aufmerksam verfolgt und nach einem Umsturz der Mehrheitsverhältnisse Ausschau hält. Eine Initiative der Sozialistischen Partei wendet sich ausdrücklich an die Gewerkschaften. Der Generalsekretär *Mottet* hat die Losung einer „demokratischen und sozialen Front“ in die Debatte geworfen, die die politische Stagnation brechen soll. Die Front soll, den Worten Mollets zufolge, hervorgehen aus einer „Einigung zwischen den Gewerkschaften, Genossenschaften und kulturellen Organisationen, mit den Christen gegen die Klerikalen, mit den kommunistischen Arbeitern gegen die stalinistischen Führer zur Durchsetzung eines Minimalprogramms“. Dieser Vorschlag ist bis jetzt über das Stadium der ersten Vorverhandlungen noch nicht hinausgekommen. Aber in den Kreisen der christlichen Gewerkschafter ist er mit Sympathie aufgenommen worden. Das ist wichtig, stellen sie doch — nach den Kommunisten — die zweitstärkste Organisation dar. Außerdem würden sie die „Front“ nach einer Richtung ausdehnen, die den Sozialisten nur schwer zugänglich ist. Es ist anzunehmen, daß diese beiden Kräfte der kommenden Bewegung das programmatische Gepräge geben werden. Die Schaffung eines konstruktiven Programms, die Bildung einer mehrere Parteien, Gewerkschaften und Organisationen umfassenden Gemeinschaft könnte eine neue Perspektive im Leben Frankreichs eröffnen. Und denken wir daran: Die französische Arbeiterklasse war nie stärker, als wenn sie sich von einer ihr nahestehenden Regierung geschützt fühlte.

2) In diesem Zusammenhang ist folgende ap-Meldung vom 16. September 1953 aus Paris von Interesse: „Die katholische Kirche hat am Mittwoch ihren seit neun Jahren laufenden Versuch abgebrochen, den Kommunismus in Frankreich durch die Entsendung von Priestern in Fabriken, Büros und Gaststätten zu bekämpfen. Die Gründe für die Beendigung dieses Experiments wurden nicht näher erläutert. Viele einflußreiche Franzosen in politischen und kirchlichen Kreisen hatten jedoch während der großen Streikwelle im August mit Befremden festgestellt, daß die Arbeiterpriester in der ersten Reihe der Streikenden standen.“ Dazu heißt es in einem Kommentar der Auslandsabteilung des DGB-Bundesvorstandes u. a., daß die christlichen Gewerkschaften in Frankreich, die ständig angeklagt würden, wirtschaftsfriedlich zu sein, sich während des Streiks — um einen Gegenbeweis zu liefern — weitgehend den kommunistischen Parolen angeschlossen und versucht hätten, es durch besonders radikales Verhalten den Kommunisten gleichzutun. Diese Situation habe sich aus der Spaltung der Gewerkschaften in Frankreich nahezu automatisch ergeben müssen. (Die Red.)